



ALESSIO MAMO

FOTO-TABLEAU

Die Kinder von Moria 4/4

Nicht das markante Chiaroscuro von Alessio Mamos Aufnahme ist der Grund, dass nur der Schatten eines Lächelns auf Abdu Razkis Gesicht auszumachen ist. Ja, der vierundzwanzigjährige Afghane hat die lange Flucht hinter sich, sein Töchterchen lebt, das Wetter auf Lesbos ist an diesem Herbsttag mild genug, dass die Kleine draussen spielen kann. Und Abdu traf im September 2018 ein – gerade zu dem Zeitpunkt, da sich für die im Flüchtlingscamp Moria zusammengepferchten Menschen ein Hoffnungs-schimmer zeigte: Endlich machte die EU eine Konzession in ihrer Flüchtlingspolitik, erlaubte es, dass ein Teil der auf Lesbos unter inhumanen Bedingungen Vegetierenden aufs Festland transferiert wurde. Aber es ist ungewiss, ob und wann Abdu und sein Kind von dieser Verbesserung profitieren werden. Obwohl inzwischen mehr als 10 000 Asylsuchende verlegt wurden, ist Moria nach wie vor überfüllt, es fehlt an Registrierungsbeamten so gut wie an Ärzten und Betreuungspersonal. «Viele, die jetzt auf Lesbos ankommen, erhalten erst für 2020 den ersten Gesprächstermin, um ihren Asylantrag vorzubringen», berichtete das Hilfswerk Oxfam im vergangenen Januar.

Individuum und Verantwortung

Autorität gründet stets auf Vertrauen

Gastkommentar
von MICHAEL WILDT

«Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!» So formulierte Immanuel Kant 1784 seinen – wie er es nannte – Wahlspruch der Aufklärung. Die alten Autoritäten, allen voran die Kirchen, sollten keine Macht mehr besitzen, Menschen vorzuschreiben, was sie zu glauben und zu meinen hatten.

Ein neues Zeitalter sollte anbrechen, in dem sich jeder ein eigenes Urteil bildet. Auf dieser Selbstbestimmung gründet sich unsere freiheitliche, demokratische Ordnung, denn gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger, die Entscheidungen über das Gemeinwohl fällen, können nur Menschen mit eigener Urteilskraft sein.

Zu Kants Zeiten war die Erwartung noch hoch, dass die Bürger wie in der griechischen Polis an allen Geschicken der Gesellschaft teilhaben können. Die vielbändige Enzyklopädie, die d'Alembert und Diderot herausgaben, sollte das gesamte Wissen der Zeit allen Bürgern zur Verfügung stellen. Die tatsächliche Entwicklung ist darüber hinweggegangen.

Der enorme Fortschritt in Technik und Wissenschaft hat eine moderne, hochdifferenzierte, arbeitsteilige Gesellschaft geschaffen, in der ein Einzelner nur noch einen kleinen Teil überblickt und versteht, sonst aber auf das Wissen und die Kompetenz anderer angewiesen ist.

Niemand käme heute auf die Idee, die Statik einer Brücke vorab zu berechnen, um dann zu entscheiden, ob er sie befahren will oder nicht. Vielmehr vertrauen wir der Fachautorität der Ingenieure.

Autorität gründet stets auf Vertrauen. Nicht der Anspruch Einzelner auf Autorität ist entscheidend, sondern die Bereitschaft anderer, Autorität anzuerkennen. Im alltäglichen Umgang mit Dingen und Prozessen verlassen wir uns selbstverständlich auf Expertenwissen.

In der Politik jedoch, also hinsichtlich der Entscheidungen, die das öffentliche Leben, das Gemeinwohl der Gesellschaft betreffen, kommen wir nicht umhin, unser eigenes Urteil zu bilden. Denn in der Demokratie sind die Bürgerinnen und Bürger der Souverän. Auch wenn wir wie zum Beispiel beim Klimawandel die Autorität von Wissenschaftlern zurate ziehen, liegt doch die Entscheidung allein bei uns.

Daher führt der Ruf nach Autorität und Führung in der Politik auf ein heikles Terrain. So verständlich mitunter das Gefühl von Überforderung angesichts komplexer Probleme ist, so verführer-

risch die Einladung sein kann, sich der Autorität eines Politikers zu fügen, so unhintergebar beruht Demokratie auf der gleichberechtigten Urteilskraft ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Man muss deshalb gar nicht auf die vielen falschen «Führer» in der Geschichte des 20. und 21. Jahrhunderts verweisen. Sowiessio gilt, woran Hannah Arendt erinnert hat, dass überall dort, wo Gefolgschaft mit Gewalt erzwungen wird, Autorität bereits erloschen ist.

Konservative mögen hoffen, dass Einzelne wieder das Heft in die Hand nehmen und die Richtung weisen, der die anderen folgen sollen. Aber der autoritäre Weg entbindet uns nicht vom Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung, das mit der Aufklärung unumkehrbar ins Bewusstsein gekommen ist. Zwar wissen wir aus Erfahrung, dass sich Menschen aus freien Stücken auch für die Unmündigkeit entscheiden können. Aber damit verlässt man das gemeinsame Haus Europa.

Innovativer erscheint es mir, Autorität als geteilte Kompetenz zu begreifen, als ein kommunikatives Miteinander, in dem die Erfahrung und das Wissen anderer respektiert und anerkannt werden, ihr Rat gehört und bedacht wird – ohne autoritären Anspruch auf Folgsamkeit.

Autorität in diesem Sinn wäre keine Eigenschaft Einzelner, sondern vielmehr die Organisation von Gemeinschaften Gleicher, die gemeinsam Rat suchen und einander geben, um sich selbst ein Urteil zu bilden. Mündigkeit hiesse dann nicht, dem Individuum allein alles aufzubürden, sondern Urteilskraft als einen gemeinsamen kommunikativen Prozess zu praktizieren, die eigene Freiheit nur als Freiheit mit anderen zu verstehen.

Immanuel Kants Satz enthält eine bemerkenswerte Aufforderung: Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen. Obwohl Vernunft in jedem Menschen begründet ist, braucht Selbstbestimmung auch Mut und Selbstvertrauen. Vielleicht ist es gerade in den schwierigen und bedrohlichen Zeiten, in denen wir leben, sinnvoll, sich an die Zuversicht der Aufklärung des späten 18. Jahrhunderts zu erinnern und eben nicht ängstlich zu verzagen.

Nicht der Ruf nach Autorität führt uns aus den Krisen, sondern das Vertrauen auf die eigene Kraft und das solidarische Miteinander.

Michael Wildt ist Professor für Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert mit Schwerpunkt im Nationalsozialismus am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität Berlin. Er debattierte zum Thema «Autorität» am NZZ-Podium Europa vom 20. März in Berlin.

Europäische Integration und wirtschaftliche Vorteile

Bringt ein EU-Beitritt mehr Wachstum?

Gastkommentar
von BRUNO S. FREY

Die Europäische Union will mehr als nur ein Friedensprojekt sein. Vielmehr nimmt sie für sich in Anspruch, die wirtschaftliche Prosperität ihrer Mitgliedsländer nachhaltig zu fördern. Die politischen und administrativen Vertreter der EU verkünden diese Botschaft uneingeschränkt und mit viel Verve. Auch andere Organisationen wie die OECD und Regierungen einzelner Länder nehmen als selbstverständlich an, dass ein Beitritt zur EU das Wirtschaftswachstum steigere.

Diese Vorstellung ist mit der ökonomischen Theorie vereinbar, wonach offene Märkte und Freihandel die Wirtschaft beleben. Dabei geht es um die bessere Verwendung der Ressourcen, indem sich jedes Land auf die Herstellung jener Güter konzentriert, bei denen es Produktivitätsvorteile hat. Güter und Dienstleistungen, die ein Land besonders günstig produzieren kann, ermöglichen höheren Export; was im Ausland besser und billiger hergestellt werden kann, wird hingegen importiert. Durch den grösseren Warenaustausch mit dem Ausland erhöht sich zwar das Niveau des Sozialprodukts, allerdings nicht notwendigerweise auch dessen dauerhaftes prozentuales Wachstum. Freihandel schafft nicht immer beständige Zuwächse.

Die bisherige Forschung kommt zu unterschiedlichen Ergebnissen bezüglich der Behauptung, der Eintritt eines Landes in die EU führe tatsächlich zu einer Wachstumssteigerung. Eine Untersuchung für 17 OECD-Länder von 1950 bis 1990 stellt keinen statistisch signifikanten Effekt eines EU-Beitritts auf das Wachstum fest. Eine andere Studie für die Periode 1976 bis 1985 findet einen schwachen Hinweis, dass ein Beitritt zur EU oder zur Efta das Wirtschaftswachstum etwas gefördert hat. Eine weitere Untersuchung für 1950 bis 1990 untersucht die Wirkung der Erweiterung der EU von 6 auf 10 Mitglieder auf das Wachstum im Vergleich zu den USA und kann keinen Effekt feststellen. Um eindeutige Ergebnisse zu erzielen, müsste kontrafaktisch ermittelt werden, wie neue Mitgliedsländer ohne EU-Beitritt gewachsen wären.

Eine neue, umfassende und sorgfältige Studie verwendet eine ingenöse Methode, um das Wachstum von Ländern mit oder ohne Beitritt zur EU auf kontrafaktischer Basis vergleichen zu können. Sie ist soeben in der wissenschaftlichen Zeitschrift «Kyklos» erschienen. Die drei dänischen Autoren Barnebeck, Barslund und Vanhuysse konstruieren ein synthetisches Land, dessen Wirtschaft in jeder

Hinsicht wie die des Eintrittslandes beschaffen ist. Dazu verwenden sie Daten von vergleichbaren Ländern. Will man zum Beispiel herausfinden, ob Bulgarien infolge des Eintritts in die EU schneller gewachsen ist, als dies ohne Beitritt der Fall gewesen wäre, wird mithilfe von Daten für vergleichbare Länder die Wirtschaft Bulgariens simuliert. Das tatsächliche Bulgarien mit EU-Eintritt kann nun kontrafaktisch mit diesem «künstlichen» Bulgarien ohne EU-Beitritt verglichen werden. Die Autoren kommen zum Schluss, dass sich keine Wachstumssteigerung nachweisen lässt: Das Sozialprodukt des synthetischen Bulgariens hätte sich ähnlich wie dasjenige des realen Bulgariens entwickelt.

Wie lässt sich dieses Ergebnis interpretieren? Dem Ergebnis folgend, hat der EU-Beitritt die für das Wachstum entscheidenden Faktoren nicht gestärkt und wachstumshemmende Einschränkungen nicht gelockert. Insbesondere gilt dies für die politisch-ökonomischen Institutionen. So besteht beispielsweise in Bulgarien (oder auch Rumänien) nach wie vor ein hohes Mass an Korruption, Misswirtschaft und Beschränkung des Wettbewerbs. Der Eintritt in den gemeinsamen Markt der EU konnte deshalb nur ungenügend fruchtbar gemacht werden.

Selbstverständlich hat die Marktöffnung in der EU den Einwohnern manche wirtschaftliche Vorteile gebracht. Im Schengen-Raum entfallen die für Reisende lästigen Zollkontrollen, und der Euro erübrigt das vorherige Wechseln des Geldes in die vielen nationalen Währungen. Gleichzeitig aber behindert ein EU-Beitritt die wirtschaftliche Tätigkeit eines Mitgliedslandes, weil es sich allgemeinen Normen beugen muss und zur Finanzierung oft wenig sinnvoller Aktivitäten – wie etwa des Baus von Flughäfen, die nie in Betrieb genommen werden – herangezogen wird.

Das in der neuesten Studie erreichte Ergebnis, wonach ein EU-Beitritt in vielen Ländern nicht wachstumsfördernd ist, muss allerdings mit Vorsicht behandelt werden. Auch der kontrafaktische Ansatz beruht auf einigen Annahmen. Dennoch ist dies der weitaus beste bisher vorliegende Ansatz zur Erfassung des Wachstumseffekts eines EU-Beitritts. Wer postuliert, ein Beitritt zur EU bringe automatisch mehr Wirtschaftswachstum, muss dafür überzeugende neue Evidenz anführen. Eine blosser Behauptung genügt nicht mehr.

Bruno S. Frey ist ständiger Gastprofessor an der Universität Basel und Forschungsdirektor von Crema – Center for Research in Economics, Management and the Arts, Zürich.